

## Ihr Schreiben

*Das Gymnasium darf nicht geopfert werden*

Zum Artikel „Saar-Regierung gibt Eltern mehr Rechte bei der Schulwahl“ (2. Dezember) und zu anderen SZ-Beiträgen

Die drängendste Frage, die qualifizierte Kräfte beim Zuzug ins Saarland stellen, ist die nach dem Bildungsangebot für ihre Kinder. Als Leiter eines Saarbrücker Gymnasiums kann ich das bestätigen. Bisher hatten wir im Wettbewerb einen guten Stand: Das saarländische Gymnasium hält

jeden Vergleich mit den Gymnasien anderer Länder aus. Das wird vorbei sein, wenn die Jamaika-Koalition ihre Vorhaben im Bildungsbereich umsetzt. Dann wird das Gymnasium dem Namen nach erhalten bleiben, tatsächlich aber nach und nach zerstört werden. Bisher ist dieser Weg in den Abgrund durch die Verfassung versperrt, in der die bisherigen Schulformen garantiert sind, gerade auch das Gymnasium. „Jamaika“ will die Verfassung ändern. Für jeden unserer Parlamentarier muss es ein Gebot der wirtschaftspolitischen Vernunft sein, die Verfassungsänderung abzulehnen.

*Dr. Gerd Brosowski,  
Mandelbachtal*

## Meine Antwort



**Alfred Schön,**  
Mitarbeiter der  
**Saarbrücker**  
**Zeitung, meint dazu:**

*Sehr geehrter Herr Dr. Brosowski,*

steht gleich der Untergang des Abendlandes bevor, wenn das hehre Gymnasium mit Reformen leben soll? Ihr düsteres Bild über seine gefährdete Zukunft unter einem grünen Kultusminister in einer „Jamaika“-Regierung lässt jedenfalls aufhorchen. Doch wird der Praktiker Klaus Kessler bei aller Vorliebe für die Gesamtschule wohl kaum die „Penne“ in Frage stellen, die ja auch unter einem Diether Breitenbach nicht untergegangen ist. Ministerpräsident Peter Müller muss im Ernstfall die Notbremse ziehen. Das Gymnasium darf in der Tat nicht geopfert werden, weiß auch Grünen-Chef Hubert Ulrich.

*Ihr Alfred Schön*